

Prof. Dr. Maria Böhmer MdB
Staatsministerin im Auswärtigen Amt

Rede anlässlich des Neujahrsempfangs 2015
am 19. Januar 2015 im Palatinum in Mutterstadt

+++ES GILT DAS GESPROCHENE WORT+++

Sehr geehrte Damen und Herren,

tief berührt konnte ich am 9. November gemeinsam mit Hunderttausenden von Menschen vor dem Brandenburger Tor den 25. Jahrestag des Mauerfalls feiern.

Berliner und Gäste aus der ganzen Welt sahen dort, wo früher die Mauer stand, achttausend Ballons in den Abendhimmel steigen.

Wir alle gedachten der Menschen, die Opfer der Berliner Mauer wurden und derer, die diese Mauer zum Einsturz brachten. Bis in die Morgenstunden feierten wir gemeinsam die Wiedervereinigung Deutschlands.

Nur Wochen zuvor war ich dabei, als tausende und abertausende Fußballfans in Berlin unsere Mannschaft als Weltmeister begrüßten. André Schürrle, der in der Gartenstadt aufgewachsen ist, stemmte den goldenen Pokal in die Höhe. Welch' ein Jubel!

Ergreifende und begeisternde Momente in 2014, die für mich unvergesslich bleiben!

Die internationalen Krisen des vergangenen Jahres haben uns jedoch auch vor Augen geführt, dass Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeit sind, sondern Werte, für die wir unermüdlich eintreten und die wir uns immer wieder neu erarbeiten müssen.

II. Außenpolitik

Als ich vor etwas mehr als einem Jahr auf die Bitte von Bundeskanzlerin Angela Merkel hin meine Aufgabe als Staatsministerin im Auswärtigen Amt antrat, konnte ich wahrlich nicht ahnen, vor welcher großen Herausforderung uns das Jahr 2014 außenpolitisch stellen würde.

Der frühere britische Premierminister, Harold Macmillan, soll auf die Frage, was man politisch am meisten zu fürchten habe, geantwortet haben: „Events, dear boy, events“.

Und mit unvorhersehbaren Herausforderungen wurden wir 2014 nicht zuletzt direkt vor unserer eigenen Haustür - in der Ukraine - konfrontiert.

Krise in der Ukraine

Auf den Freiheitsruf der Bürger und Bürgerinnen auf dem Maidan in Kiew folgte die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland und die Destabilisierung der Ost-Ukraine. Und es ist noch kein Ende abzusehen.

Lassen Sie mich betonen, wir wollen Sicherheit in Europa mit Russland und nicht gegen Russland gestalten. Wir setzen weiter auf Dialog. Aber es ist nicht hinnehmbar, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker – von wem auch immer – in Frage gestellt wird.

Es ist meine feste Überzeugung, dass sich die Stärke des Rechts letztendlich gegen das angebliche Recht des Stärkeren durchsetzen wird.

Die Ukraine zeigt uns, dass Europa auch weiterhin als Anziehungspunkt für all jene gilt, die nach Demokratie, Freiheit und Frieden streben. Die Europäische Union ist nicht nur ein wirtschaftliches Bündnis sondern eine Schicksals- und Wertegemeinschaft, in der wir gemeinsam Zukunft gestalten.

Ebola-Epidemie

2014 bleibt auch als Jahr in Erinnerung, in dem die Ebola-Epidemie West-Afrika schwerer als je zuvor traf. Mehr als 8000 Menschen haben den Kampf gegen diese schreckliche Krankheit bereits verloren.

Frauen sind überproportional häufig betroffen, denn ihnen obliegt traditionell die Pflege. Sie sind daher mit einem besonders hohen Ansteckungsrisiko konfrontiert.

Die Folgen: Etwa zwei Drittel der Ebolainfizierten sind weiblich. Und viele Kinder werden ohne Mutter, oft auch ohne Vater aufwachsen.

Die Ebola-Epidemie hat uns auch vor Augen geführt, wie schwach das Gesundheitswesen in vielen afrikanischen Ländern ist. In Guinea kamen weniger als 200 Ärzte auf 4 Millionen Einwohner und in Liberia brach das Gesundheitswesen faktisch zusammen.

Auch wenn die Hilfsmaßnahmen jetzt greifen, und die Zahl der Infizierten zurückgeht, Liberia, Sierra Leone und Guinea werden noch lange mit den Folgen zu kämpfen haben.

Wir dürfen sie dabei nicht alleine lassen!

Staatliche Unterstützung und der Einsatz von großen Hilfsorganisationen ist das eine. Aber wie wichtig die Hilfe zahlreicher kleinerer Institutionen ist, das haben mir bei einem Treffen in Berlin afrikanische Botschafterinnen deutlich gemacht! Und das zeigen unsere Erfahrungen mit der Partnerschaft Rheinland-Pfalz – Ruanda.

Hier im Wahlkreis habe ich im Laufe der Jahre viele kennengelernt, die sich für und in Afrika einsetzen, um Menschen eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Ich bin begeistert von den Ideen und dem unermüdlichen Engagement. Deshalb habe ich diese Initiativen nach Berlin eingeladen.

Am Freitag war ich beim Neujahrsempfang von Medical Academy und Care in Ludwigshafen. Das ist ein Kreis junger Mediziner, *ich darf hinzufügen türkischstämmiger Mediziner und Medizinerinnen*, die den ersten deutsch-türkischen Gesundheitstag – Ludwigshafen ausgerichtet haben. Sie berichteten von ihrem Hilfsprojekt, das sie ganz aus eigener Kraft an einem Krankenhaus in Kenia geplant und durchgeführt haben.

All diese Afrika-Initiativen hier im Wahlkreis stehen für ein eindrucksvolles ehrenamtliches Engagement, für Hilfe zur Selbsthilfe. Ich darf Ihnen dafür herzlich danken!

Islamischer Staat / Flüchtlinge

2014 ist gezeichnet durch das barbarische, menschenverachtende Vordringen der Terrororganisation Islamischer Staat in Syrien und im Irak.

Wer sich dem IS nicht unterwirft, wird verfolgt, ermordet, vergewaltigt, versklavt. Der Hilfeschrei der Menschen aus Sindschar ist keine vier Monate her.

Um Mord und Vertreibung zu wehren, müssen wir diejenigen unterstützen, die sich dem IS entgegenstellen.

Wie sehr das auch in unserem Interesse liegt, erfahren wir gerade in diesen Tagen hautnah!

Ich habe mich sehr früh schon mit Jesiden und irakischen Christen in Berlin getroffen. Das Leid und die Verzweiflung sind unvorstellbar. Inzwischen ist die Zahl der Binnenvertriebenen auf 2,1 Millionen gestiegen; hinzu kommen rund 230.000 Flüchtlinge aus Syrien. Für viele geht es um das nackte Überleben jetzt im Winter.

Der Hilfebedarf ist immens, auch über den Winter hinaus. Dafür müssen jetzt die Vorbereitungen getroffen werden. Denn die meisten Flüchtlinge wollen im Irak bleiben, aber sie können noch nicht in ihre Dörfer und Städte zurückkehren.

Darüber habe ich in der vergangenen Woche mit Vertretern der Vereinten Nationen und den Hilfsorganisationen beraten. Sie haben mir auch von der überwältigenden Hilfsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung berichtet.

Die Folgen von Krieg und Verfolgung spüren wir auch in Deutschland und hier bei uns. Die Zahl der Flüchtlinge nimmt zu.

Aus Angst um ihr Leben und das ihrer Familien müssen viele Menschen ihre Heimat verlassen, ihren Besitz, Freunde und Angehörige zurücklassen und suchen Zuflucht bei uns.

Es ist ein Gebot der Mitmenschlichkeit, ihnen zur Seite zu stehen. Sie im wahrsten Sinne des Wortes an die Hand zu nehmen, bei Behördengängen, bei der Wohnungssuche, beim Deutschlernen, beim Schulbesuch.

Vieles geschieht hier eher im Stillen.

Wie bei zwei jungen Frankenthalerinnen:

Salomé ist jeden Samstag im Einsatz – ohne Entgelt versteht sich – und gibt Sprachkurse für Flüchtlinge.

Ihre 16-jährige Schwester Davina hilft bei der Kinderbetreuung im Sprachkurs.

Eine solche Hilfsbereitschaft ist beeindruckend und sie steht für viele, die sich engagieren und kümmern.

Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, um den vielen Freiwilligen und Ehrenamtlichen zu danken, die täglich den Menschen Hilfe und Hoffnung schenken, die fast alles verloren haben.

Das ist eine große Ermutigung!

Das ist praktizierte Nächstenliebe!

In der öffentlichen Diskussion wird ein ganz wesentlicher Aspekt häufig geradezu unterschlagen:

Überwiegend gelingt die Integration – in den Schulen, in der Arbeitswelt, in der Nachbarschaft, in unseren Gemeinden.

Ein Beispiel hierfür ist Said Fasihi, der vor vielen Jahren als Asylbewerber aus dem Iran zu uns kam. Heute ist er Chef eines Unternehmens in Ludwigshafen und beschäftigt 46 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Seine Softwarefirma hat mehr als 100.000 Nutzer.

Das nenne ich eine Erfolgsgeschichte!

2014 wurde er mit dem Großen Preis des Mittelstandes ausgezeichnet.

Lieber Herr Fasihi, ich gratuliere Ihnen sehr herzlich!

Die Menschen, die bei uns Schutz finden, werden längere Zeit – unter Umständen für immer –bleiben.

Wir haben darauf schon im Koalitionsvertrag Antworten gegeben. Jetzt sind entsprechende Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat gefasst worden!

In den Koalitionsverhandlungen konnte ich erreichen, dass eine Arbeitsaufnahme schon nach drei Monaten möglich ist. Das hilft bei der Integration und entspricht unserer Willkommenskultur.

Zweitens wollen wir Bürgerkriegsflüchtlingen, wie jenen aus Syrien und Irak, echten und schnellen Schutz bieten. Darum sollen die Verfahren beschleunigt werden.

Drittens, hierbei hilft auch die jetzt beschlossene Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten.

Diese Änderung ist richtig und wichtig – und es war für sie auch höchste Zeit.

Denn aus den drei Balkanstaaten kamen zuletzt mehr Asylbewerber als aus Syrien. Dabei liegt die Anerkennungsquote der syrischen Flüchtlinge zu Recht bei praktisch 100 Prozent - während sie bei denen aus den Westbalkanstaaten gegen Null tendiert.

Für mich steht aber auch fest: Das Land – und hier meine ich ganz klar die rheinland-pfälzische Landesregierung – darf unsere Kommunen mit der Flüchtlingssituation nicht alleine lassen.

Der Handlungsbedarf ist groß. Das hat der Flüchtlingsgipfel gezeigt, zu dem Julia Klöckner und die CDU-Landtagsfraktion für letzten Donnerstag eingeladen hatten.

Die Reaktionen der rot-grünen Landesregierung sind entlarvend. Erst pfeift sie die SPD-Bürgermeister zurück. Dann kündigt sie einen eigenen Gipfel mit allen an.

Hier stellen SPD und Grüne Parteipolitik über die Sache. Das darf nicht sein. Denn das geht zu Lasten der Menschen, die Schutz und Hilfe brauchen.

Post-Millennium Ziele

2014 war für mich auch ein Jahr neuer persönlicher Erfahrungen: Denn ich konnte bei den Vereinten Nationen für Deutschland die Post-Millennium Ziele verhandeln.

Sie sollen die Millenniumsziele ablösen, bei denen es um Hilfe für Entwicklungsländer ging: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, Senkung der Müttersterblichkeit, Grundbildung für alle.

Die Weltgemeinschaft wird sich beim Jubiläumsgipfel der Vereinten Nationen in diesem Jahr neue Ziele für eine nachhaltige Entwicklungspolitik geben. Hierbei geht es um nicht weniger als die Frage:

In welcher Welt wollen wir in Zukunft leben?

Kerngedanke ist, dass wir eine gedeihliche Zukunft unseres Planeten nur gewährleisten können, wenn wir die Entwicklung *aller* Länder nachhaltig gestalten.

Nachhaltig in drei Dimensionen:

ökonomisch, ökologisch und sozial.

Ich durfte die Deutsche Delegation leiten, die den Vorschlag zur Formulierung der neuen Ziele wesentlich geprägt hat. Das war – wie Sie sich denken können – ein faszinierender, aber auch ein schwieriger Prozess mit oft mühsamen Verhandlungen.

Es ist gelungen, darauf bin ich stolz und darüber bin ich froh, dass Bildung und Ausbildung einen besonderen Rang im Rahmen der Post-Millennium-Agenda erhalten werden.

Denn Bildung ist überall auf der Welt der Schlüssel für Gerechtigkeit, sozialen Frieden, für Innovationskraft und Wirtschaftswachstum, den persönlichen Aufstieg und damit am Ende für eine funktionierende Zivilgesellschaft und politische Stabilität.

Präsidentin des Welterbekomitees

Auf die Verhandlung der Post-Millennium Ziele folgte eine neue Aufgabe: Ich war ganz begeistert, als ich im Juni vergangenen Jahres in Doha zur Präsidentin des Welterbekomitees der UNESCO gewählt wurde.

Diese Begeisterung hält an: Als Präsidentin setze ich mich weltweit für den Erhalt des kulturellen Erbes der Menschheit ein.

So werde ich morgen zur UNESCO nach Paris reisen. Am Freitag werde ich gemeinsam mit Julia Klöckner das UNESCO-Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal besuchen. Einzigartige Schlösser und Burgen, wie die Burg Pfalzgrafenstein, die Marksburg und Schloss Stolzenfels sind Teil dieser Welterbestätte. Und die wunderbare Rheinlandschaft, die Loreley, über die schon Heinrich Heine so berührend gedichtet hat.

Mit allem Nachdruck setze ich mich dafür ein, dass diese Orte deutscher und europäische Geschichte in ihrer Einzigartigkeit erhalten bleiben.

Hier in der Pfalz sind wir stolz auf den Speyerer Dom – seit 1981 Weltkulturerbe!

Darüber hinaus möchte ich erreichen, dass die SCHUM-Städte Speyer, Worms und Mainz in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen werden. Sie sind einmalige religiöse und historische Zeugnisse jüdischer und deutscher Geschichte in unserem Land.

Im Rahmen meiner Präsidentschaft setze ich mich ebenso für den Erhalt des Weltnaturerbes ein. Hierzu zählt beispielsweise das berühmte Great Barrier Reef in Australien.

Hier müssen wir klarstellen: Wenn Welterbestätten nicht ausreichend geschützt werden, droht der Ausschluss aus der Liste der UNESCO – mit entsprechenden Konsequenzen für den Tourismus und verbunden mit einem massiven Gesichtungsverlust.

Der Schutz von Welterbe lohnt sich! Nicht nur als Geschenk an die künftigen Generationen. Sondern auch als Zeichen der Wertschätzung für unsere Vorfahren, für unsere kulturellen Wurzeln und als Kompass für unsere Identität und gegenseitigen Respekt.

Dann kommt im Juni die Welt nach Bonn! Ich lade dort zur Sitzung des Welterbekomitees ein. Das ist eine einmalige Gelegenheit, Deutschlands kulturellen Reichtum und unsere Naturschätze der Welt zu präsentieren.

III. Politische Schwerpunkte

Mütterrente

1. Juli 2014 – seit diesem Tag erhalten 9,5 Millionen Mütter mehr Rente! Lange habe ich für die Mütterrente gekämpft, nun ist sie Gesetz! Für mich ist dies eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Denn wer Kinder erzieht, leistet auch einen unverzichtbaren Beitrag zum Generationenvertrag. Damit wird die Lebensleistung vieler Mütter endlich besser anerkannt.

Die Mütterrente ist unser Baby, eindeutig. Erstaunt habe ich festgestellt, wer sich plötzlich zu den Müttern dieses schönen Kindes zählt.

Andrea Nahles lässt sich für die Mütterrente feiern, als sei es ihre Idee gewesen.

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Andrea Nahles als Generalsekretärin der SPD die Mütterrente zu einem zentralen Thema ihres Wahlkampfes gemacht hätte. Im Gegenteil!

Über 80 Prozent der Menschen sind für die Mütterrente – quer durch alle Altersgruppen. Angela Merkel sagte mir gleich nach der Bundestagswahl:

„Die Mütterrente war der Renner!“

Dieser politische Erfolg muss auch mit der CDU nach Hause gehen. Hier dürfen wir nicht locker lassen.

Flexi-Rente

Die Rente wird auch in Zukunft Thema sein: Viele Menschen möchten im Alter länger arbeiten.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ist ihr Wissen und Können von großem Wert.

Deshalb werbe ich für die Flexi-Rente!

Für mich steht der Grundsatz fest:

Arbeit muss sich lohnen.

Wer länger arbeitet, muss am Ende auch mehr Rente in der Tasche haben.

Deshalb spreche ich mich für den Flexi-Bonus für beschäftigte Rentner aus.

Das heißt: Der Rentenversicherungsbeitrag, den Arbeitgeber heute auch schon für Mitarbeiter im Rentenalter zahlen müssen, soll die Rente künftig erhöhen – anders als bisher!

Aber es wird sehr darauf ankommen, wie man es macht, damit er auf Dauer der Rente zugute kommt.

Dafür müssen wir geeignete Lösungen finden. Hierfür setze ich mich ein!

IV. Wahlkreis

Nicht nur in der Außenpolitik und in Berlin lautet die Devise „Ärmel hochkrepeln“.

Hier bei uns im Wahlkreis beschäftigt uns auch weiterhin das wichtige Thema Hochstraße.

Sie ist als Infrastrukturprojekt für die ganze Region von großer Bedeutung.

Ich habe einmal nachgezählt:

Es ist mittlerweile mein siebter Neujahrsempfang, bei dem ich mich diesem Thema widme.

Wahrscheinlich wird es auch nicht das letzte Mal sein.

2014 gab es deutliche Fortschritte: Es lief eine umfassende Bürgerbeteiligung. Eine deutliche Mehrheit hat sich dabei für die Variante einer langen, ebenerdigen Straße als Ersatz für die beschädigte Brückenkonstruktion ausgesprochen.

Am 9. Februar stellt die Stadt das detaillierte Konzept bei einem Bürgerforum im Pfalzbau vor. Ich bin gespannt. Gerne sage ich auch weithin meine vollste Unterstützung zu!

Duale Bildung

Lassen Sie mich noch zwei Themen ansprechen, die mir besonders am Herzen liegen: Die Ausbildung für junge Menschen und den Bereich Pflege.

Auch 2014 habe ich meine Sommertour genutzt, um das Gespräch mit jungen Leuten zu suchen. So konnte ich mit zahlreichen Auszubildenden bei KSB, Abbvie und der BASF sprechen. Diese Begegnungen haben mir erneut vor Augen geführt: Die duale Berufsbildung ist der Schlüssel für unseren wirtschaftlichen Erfolg!

Der beste Beweis: Deutschland hat im EU-Vergleich die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Im November 2014 lag die Quote bundesweit bei unter 7,5 Prozent. Der EU-Durchschnitt betrug knapp 22 Prozent. In Spanien und Griechenland sogar 50 Prozent!

Unser duales Ausbildungssystem ist ein echter Exportschlager! Andere Länder rennen uns die Tür ein. Und in Deutschland?

Auch für uns im Wahlkreis gilt: Wir müssen weiter bei Unternehmen dafür werben, jungen Menschen eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Aber genauso werbe ich bei jungen Menschen und ihren Eltern dafür, sich für eine berufliche, eine duale Ausbildung zu entscheiden.

Kein Zweifel: Ich freue mich wenn wir viele Bachelor und Master haben, aber wir sollen uns auch freuen, wenn wir viele Meister haben!
Wir brauchen Sie dringend!

Pflege

Ein weiteres Thema, das uns in Zukunft immer stärker beschäftigen wird, ist die Pflegesituation. Es liegt auf der Hand: Wir werden älter und je älter wir werden, desto eher sind wir auf Hilfe angewiesen.

Vor 20 Jahren, am 1. Januar 1995, wurde die Pflegeversicherung eingeführt. Das war ein Meilenstein der deutschen Sozialgeschichte. Ich war damals neues Mitglied im Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales und erinnere mich noch gut an so manche heftige Diskussion, ob solidarische oder kapitalgedeckte Pflegeversicherung. Seitdem wurden und werden die Leistungen sukzessive ausgebaut.

Seit dem 1. Januar dieses Jahres werden die Leistungen der Pflegeversicherung weiter verbessert. Im Mittelpunkt steht die Pflege zuhause. Hierfür stellen wir deshalb im neuen Jahr zusätzlich 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung.

Und seit dem 1. Januar gibt es als neue Regelung die Familienpflegezeit mit einer teilweisen Freistellung von bis zu 24 Monaten und eine Darlehnsregelung. Ich hoffe, dass dies vielen Pflegeangehörigen hilft.

Drei Punkte sind mir wichtig für die Zukunft:

- die Pflegesituation in den Pflegeheimen;
- Angehörige die pflegen, gilt es besser zu unterstützen;
- die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

Deshalb will ich in den kommenden Monaten immer wieder das Thema Pflege aufgreifen, Pflegeeinrichtungen besuchen und zu einer Pflegekonferenz einladen.

V. Schluss

Meine Damen und Herren,
heute möchte ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie mir im vergangenen Jahr die Zeit gegeben haben, mich in meine neue Aufgabe als Staatsministerin im Auswärtigen Amt einzuarbeiten.

2015 werde ich mich mit Freuden wieder verstärkt den Aufgaben und Anliegen im Wahlkreis widmen.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich Ihnen einen Gedanken unseres ersten Bundeskanzlers, Dr. Konrad Adenauer, mit auf den Weg geben.

Von Konrad Adenauer stammt das Zitat:
„Man darf niemals 'zu spät' sagen.
Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang.“

In diesem Sinne wünsche ich uns für die kommenden Monate den Mut und die Kraft, immer wieder für neue Anfänge zu sorgen, glückliche Anfänge!

Danke und alles Gute!